

Allgemeine Geschäftsbedingungen

gültig ab 1. Juni 2023

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen («AGB») regeln die gegenseitigen Geschäftsbeziehungen zwischen dem Kunden und der Neue Bank AG (nachfolgend «Bank» genannt), soweit keine anderslautenden Vereinbarungen bestehen. Der Begriff «Kunde» umfasst regelmässig den Kontoinhaber/Vertragspartner der Bank und kann je nach Zweck der Bestimmung auch Zeichnungsberechtigte oder sonst Verfügungsberechtigte oder Begünstigte mitumfassen. Daneben gelten für einzelne Dienstleistungen (z.B. Wertpapierdienstleistungen, Zahlungsverkehr) eigene Bedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrages mit dem Kunden vereinbart und können auf der Homepage der Bank oder beim Kundenberater jederzeit bezogen werden.

Das in dieser Publikation gewählte generische Maskulinum bezieht sich zugleich auf die männliche, die weibliche sowie auf andere Geschlechteridentitäten

I Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Verfügungsberechtigung

Nur die der Bank vom Kunden schriftlich bekannte gegebene Regelung der Verfügungsberechtigung gilt ihr gegenüber als verbindlich, ungeachtet anderslautender Handelsregistereinträge und Veröffentlichungen oder kraft Gesetz eintretender Änderungen und Beschränkungen. Verfügungen unter Verwendung elektronischer Mittel unterliegen besonderen Reglementen.

Die Bank betrachtet eine unbefristete Verfügungsberechtigung so lange als gültig, bis ihr der ausdrückliche schriftliche Widerruf durch den Kunden selbst, durch seinen allfälligen gesetzlichen Vertreter oder durch seine Rechtsnachfolger zur Kenntnis gelangt. Eine erteilte Verfügungsberechtigung erlischt nicht mit dem Tod oder dem allfälligen Verlust der Handlungsfähigkeit des Kunden.

Bei einem Gemeinschaftskonto, das heisst bei einem Konto, das von mehreren Personen (Kontoinhabern) gemeinsam errichtet wird, wird die Verfügungsberechtigung durch eine besondere Vereinbarung geordnet. Ohne eine solche besondere Vereinbarung sind die Kontoinhaber einzeln verfügungsberechtigt. Für allfällige Ansprüche der Bank an einen der Kontoinhaber haften alle Kontoinhaber solidarisch.

Art. 2 Unterschriften- bzw. Legitimationsprüfung

Die Bank verpflichtet sich zur gewissenhaften Prüfung der Verfügungsberechtigung des Kunden und seiner Bevollmächtigten, indem sie die Unterschrift mit dem hinterlegten Muster vergleicht. Sie ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, weitere Identitätsausweise zu verlangen.

Den aus dem Nichterkennen von Legitimationsmängeln und Fälschungen entstehenden Schaden trägt der Kunde, sofern die Bank kein grobes Verschulden trifft.

Der Kunde ist verpflichtet, sämtliche von der Bank zur Verfügung gestellten Legitimationsmittel, die ihm einen Zugriff auf sein Konto ermöglichen, vor Zugriffen Dritter zu schützen. Er teilt insbesondere seine vertraulichen und persönlichen Passwörter und Codes (z.B.

fürs E-Banking) Dritten nicht mit. Der Kunde macht die Verfügungsberechtigten auf diese Bestimmung aufmerksam. Bei der Erteilung von Aufträgen hat der Kunde Vorsichtsmassnahmen zu treffen, um das Risiko von Betrügereien auszuschliessen. Schäden, die aus einem Unterlassen dieser Vorsichtsmassnahmen resultieren, trägt der Kunde.

Die Bank entscheidet nach eigenem Ermessen, welche elektronischen Signaturen akzeptiert werden. Dies gilt auch für elektronische Signaturen, die dem Gesetz nach der handschriftlichen Signatur gleichgestellt sind.

Art. 3 Ausführung von Aufträgen

Der Kunde hat Aufträge, die an einen bestimmten Ausführungszeitpunkt gebunden sind, fristgerecht zu erteilen. Die Bank übernimmt keine Haftung für Schäden, die aus nicht fristgerechter Auftragserteilung entstehen. Die Bank ist berechtigt, nach eigenem Ermessen interessesswährend zu handeln.

Die Bank ist nicht verpflichtet, Aufträge auszuführen, für die keine Deckung bzw. Kreditlimite vorhanden ist. Liegen vom Kunden mehrere Aufträge vor, deren Gesamtbetrag sein verfügbares Guthaben oder den ihm gewährten Kredit übersteigt, so ist die Bank berechtigt, nach eigenem Ermessen, allenfalls unter Berücksichtigung des Auftragsdatums oder des zeitlichen Einganges, zu bestimmen, welche Aufträge ganz oder teilweise auszuführen sind. Die Bank haftet bei mangelhafter, insbesondere verspäteter Ausführung oder bei Nichtausführung von Aufträgen, bei Zahlungsaufträgen sowohl bei Auftragserteilung des Kunden als auch bei Aufträgen eines Dritten zur Gutschrift auf einem Konto des Kunden der Bank, höchstens für fristgerechte Verzinsung, es sei denn, sie sei im Einzelfall auf die drohende Gefahr eines darüber hinausgehenden Schadens schriftlich hingewiesen worden. **Der Kunde trägt in jedem Fall das Risiko eines unklar formulierten, unvollständigen oder fehlerhaften Auftrags.**

Sind an einer Auftragsausführung Dritte (Korrespondenzbanken, Broker, etc.) beteiligt, haftet die Bank nur für deren sorgfältige Auswahl und Instruktion, bei Zahlungsaufträgen ausschliesslich für die korrekte Weitergabe des Auftrages an die in der Zahlungsabwicklung nachgeordnete Bank. Ihre Überwachungspflicht ist auf Tatsachen beschränkt, die unmittelbar aus den ihr zugestellten Ausführungsbelegen ersichtlich sind. Aufträge per E-Mail werden nicht ausgeführt.

Für die verzögerte oder unterbliebene Ausführung von Aufträgen, welche im Zusammenhang mit der Erfüllung gesetzlicher und standesrechtlicher Verpflichtungen steht, insbesondere gemäss Sorgfaltspflichtgesetz (SPG) oder Sanktionen, kann die Bank nicht haftbar gemacht werden.

Es liegt im Ermessen der Bank, Barabhebungen und Barsaldierungen sowie andere Transaktionen, welche ebenfalls einen Unterbruch des «Paper-Trail» bewirken können (wie z.B. physische Titellieferungen, physische Edelmetallaushändigungen), nicht auszuführen.

Beim Eingang ungewöhnlicher bzw. auffälliger Beträge zur Gutschrift ist die Bank berechtigt, nach eigenem Ermessen zu bestimmen, ob nach Abklärung der näheren Umstände eine Gutschrift auf dem Konto des Kunden oder eine Zurücküberweisung erfolgt. **Falls die Bank nicht innert nützlicher Frist ausreichend über den Hinter-**

grund und die Herkunft der Vermögenswerte informiert wurde, behält sie sich im Übrigen vor, selbst bereits gutgeschriebene Vermögenswerte an eine auftraggebende Bank zurückzuüberweisen. Die Bearbeitung von Aufträgen betreffend Finanzinstrumente erfolgt gemäss den jeweils gültigen «Grundsätze für die Ausführung von Aufträgen in Finanzinstrumenten (Best Execution Policy)».

Art. 4 Zahlungsverkehr/Datenbearbeitung

Zur Ausführung von Zahlungsaufträgen ist die Bank grundsätzlich verpflichtet, persönliche Daten des Auftraggebers, welche den Namen, die Adresse und die Kontonummer (IBAN) umfassen, mit der Überweisung mitzuliefern. Diese Daten sind den beteiligten Banken und Systembetreibern (beispielsweise SWIFT oder SIC) sowie in der Regel auch dem Begünstigten ersichtlich. Die Verwendung der Zahlungsverkehrssysteme kann es bedingen, dass die Aufträge über internationale Kanäle abgewickelt werden und die Auftraggeberdaten somit ins Ausland gelangen. In diesem Fall sind diese nicht mehr vom liechtensteinischen Recht geschützt und es ist nicht mehr sichergestellt, dass das Schutzniveau hinsichtlich dieser Daten demjenigen in Liechtenstein entspricht. Ausländische Gesetze und behördliche Anordnungen können die involvierten Banken und Systembetreiber dazu verpflichten, diese Daten gegenüber Dritten offenzulegen.

Ersucht der Kunde bei der Bank um die Ausstellung einer Kredit-/Debitkarte für sich oder einen Dritten, kann die Bank verpflichtet sein, dem Kartenanbieter die persönlichen Daten des Kunden oder des Dritten und gegebenenfalls des/der wirtschaftlich Berechtigten zu übermitteln. Zudem muss die Bank dem Kartenanbieter möglicherweise zusätzliche Informationen über gewisse Transaktionen und/oder die betreffende Geschäftsbeziehung erteilen.

Art. 5 Mangelnde Handlungsfähigkeit

Der Kunde trägt jeden Schaden, der aus mangelnder Handlungsfähigkeit seiner Person oder bevollmächtigter Dritter entsteht, es sei denn, sie sei bezüglich seiner Person in einem liechtensteinischen amtlichen Publikationsorgan publiziert und bezüglich Dritter der Bank schriftlich mitgeteilt und nachgewiesen worden. **Die Bank ist nicht verpflichtet, Abklärungen betreffend die Handlungsfähigkeit des Kunden oder vertretungsbefugter Dritter vorzunehmen,** kann aber je nach den Umständen des Einzelfalles nach eigenem Ermessen geeignete Sicherheitsvorkehrungen (z.B. Kontosperrungen) vornehmen.

Die Bank hat das Recht, ein in Auftrag gegebenes Geschäft nicht auszuführen oder bei bereits durchgeführten Aufträgen interessewahrende Vorkehrungen zu treffen, wenn Sie den Verdacht hat, dass der Auftraggeber zum Zeitpunkt der Auftragserteilung geschäftsunfähig war.

Art. 6 Tod des Kunden

Im Falle des Todes des Kunden kann die Bank diejenigen Dokumente verlangen, die nach ihrem Ermessen zur Klärung der Auskunfts- bzw. Verfügungsberechtigung notwendig sind. Bei fremdsprachigen Urkunden ist auf Verlangen der Bank eine Übersetzung in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen. Die daraus entstehenden Kosten sind vollumfänglich von den Ansprechpersonen zu bezahlen bzw. werden dem Konto des Kunden belastet. Die Bank kann die Ausübung von Vollmachten jeder Art, die über den Tod hinaus gültig sind, einschränken.

Art. 7 Reklamationen des Kunden

Reklamationen des Kunden wegen Ausführung oder Nichtausführung von Aufträgen jeder Art oder Beanstandungen von anderen Mitteilungen und Handlungen der Bank sind sofort nach Empfang der diesbezüglichen Anzeige, spätestens aber innerhalb der von der Bank angesetzten Frist, anzubringen. Unterbleibt eine zu erwartende Anzeige der Bank, so hat die Reklamation so zu erfolgen, wie wenn die Anzeige dem Kunden im gewöhnlichen Postlauf zugegangen wäre. Schäden aus verspäteten Reklamationen trägt der Kunde.

Sämtliche Abrechnungen, Konto-/Vermögensauszüge und Reports gelten als richtig befunden und genehmigt, wenn innert einem Monat, vom Versandtag an gerechnet, keine Einsprache gegen den jeweiligen Inhalt erhoben worden ist, und zwar auch dann, wenn eine dem Kunden zugestellte Richtigbefundanzeige nicht an die Bank unterzeichnet retourniert wurde. Die ausdrückliche oder stillschwei-

gende Anerkennung der Abrechnungen, Konto-/Vermögensauszüge und Reports schliesst die Genehmigung aller in ihm enthaltenen Posten sowie allfällige Vorbehalte der Bank in sich ein. Dasselbe gilt für banklagernde Korrespondenz. Bewertungen des Depotinhaltes beruhen auf approximativen Kursen und Kurswerten aus banküblichen Informationsquellen. Die Bank übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit dieser Angaben und somit der Bewertung sowie für weitere Informationen im Zusammenhang mit den verwahrten bzw. verbuchten Depotwerten.

Art. 8 Mitteilungen der Bank

Mitteilungen der Bank gelten als ordnungsgemäss und rechtsgültig erfolgt, wenn sie an die letzte vom Kunden bekannt gegebene Adresse, oder zu seinem Schutz abweichend davon, abgesandt worden sind. Als Zeitpunkt des Versandes gilt das Datum der im Besitze der Bank befindlichen Kopien oder Versandlisten.

Banklagernd zu haltende Post gilt als zugestellt am Datum, das sie trägt. Der Kunde trägt alle Risiken und übernimmt die Haftung für Schäden, die aus der Zurückhaltung dieser Post erwachsen können. Die Bank trägt keine Verantwortung für die Zusendung banklagernd zu haltender Post. Fehlen Postinstruktionen, gilt die Bank als Zustellungsdomizil. Die Bank ist ermächtigt, banklagernd zu haltende Post, die älter als drei Jahre ist, zu vernichten.

Elektronische Post gilt als zugestellt, sobald sie im E-Banking Postfach des Kunden aufrufbar ist.

Allgemeine, nicht personenbezogene Informationen kann die Bank auf ihrer Homepage zur Verfügung stellen. Der Kunde erhält jedoch auf Wunsch auch physische Exemplare davon.

Art. 9 Übermittlungsfehler

Allfällige Schäden aus der Benutzung von Post, Telefon, Telefax, E-Mail, anderen Übermittlungsarten oder Transportanstalten, namentlich aus Verlust, Verspätung, Missverständnissen, Verstümmelungen oder Doppelausfertigungen trägt der Kunde, sofern die Bank kein grobes Verschulden trifft.

Art. 10 Pfand und Verrechnungsrecht

Für alle ihre jeweils gegenüber dem Kunden bestehenden Ansprüche besitzt die Bank an allen Vermögenswerten (einschliesslich deren Erträge), die sie jeweils für Rechnung des Kunden bei sich selbst oder anderswo aufbewahrt, ein Pfandrecht, ohne Rücksicht auf die Fälligkeit oder Währung.

Desgleichen hat die Bank bezüglich aller Forderungen des Kunden gegenüber der Bank ein Verrechnungsrecht, ungeachtet allenfalls bereits laufender Kündigungsfristen und ohne Rücksicht auf die Währung und die Art der Bezeichnung der Forderung. Die Bank kann ihre Forderungen gegenüber dem Kunden auch einzeln geltend machen.

Die Bank besitzt ein Pfand- und Verrechnungsrecht auch für Kredite und Darlehen ohne oder mit speziellen Sicherheiten.

Die Bank ist nach ihrer Wahl zur zwangsrechtlichen oder freihändigen Verwertung der Pfänder berechtigt, sobald der Kunde mit seiner geschuldeten Leistung in Verzug ist. Der Kunde verzichtet auf sein Recht, die Kontokorrentguthaben an Dritte zu verpfänden oder abzutreten. Der Kunde hält die Bank vollumfänglich für alle aus Verzug begründeten Schäden, Verluste und Kosten (inklusive externer Kosten wie Anwaltskosten) schadlos.

Art. 11 Zuwendungen

Die Bank behält sich vor, Dritten für die Akquisition von Kunden und/oder die Erbringung von Dienstleistungen Zuwendungen zu gewähren. Bemessungsgrundlage für solche Zuwendungen bilden in der Regel die den Kunden belasteten Kommissionen, Gebühren, etc. und/oder bei der Bank platzierte Vermögenswerte bzw. Vermögensbestandteile. Ihre Höhe entspricht einem prozentualen Anteil der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Die Bank gewährt Dritten keinerlei Bestandspflegekommissionen für den Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen (Fonds). Darunter fallen auch solche, die von der Bank verwahrt/verwaltet werden. Auf Verlangen legt die Bank jederzeit weitere Einzelheiten über die mit Dritten getroffenen Vereinbarungen offen.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass der Bank von Dritten im Zusammenhang mit dem Erwerb/Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen, Zertifikaten, Notes, etc. (nachfolgend «Produkte» genannt) Zuwendungen in der Form von Bestandeszahlungen und Abschlussprovisionen (z.B. aus Ausgabe- und Rücknahmekommissionen) gewährt werden können. Die Höhe solcher Zuwendungen ist je nach Produkt und Produktanbieter unterschiedlich. Bestandeszahlungen bemessen sich in der Regel nach der Höhe des von der Bank gehaltenen Volumens eines Produktes oder einer Produktgruppe. Ihre Höhe entspricht üblicherweise einem prozentualen Anteil der dem jeweiligen Produkt belasteten Verwaltungsgebühren, welche periodisch während der Haltedauer vergütet werden. Abschlussprovisionen sind Einmalzahlungen. Ihre Höhe entspricht einem prozentualen Anteil des jeweiligen Ausgabe- und/oder Rücknahmepreises. Zusätzlich können Vertriebsprovisionen von Wertpapieremittenten auch in Form von Abschlägen auf dem Emissionspreis (prozentmäßiger Rabatt) geleistet werden oder in Form von Einmalzahlungen, deren Höhe einem prozentualen Anteil des Emissionspreises entspricht. Vorbehaltlich einer anderen Regelung kann der Kunde jederzeit vor oder nach Erbringung der Dienstleistung (Kauf des Produktes) weitere Einzelheiten über die mit Dritten getroffenen Vereinbarungen zu solchen vereinnahmten Zuwendungen von der Bank verlangen. Der Informationsanspruch auf weitere Einzelheiten hinsichtlich bereits getätigter beratungsfreier Transaktionen (reine Verwahrung, Execution-only, beratungsfreie Geschäfte) ist jedoch begrenzt auf die der Anfrage vorausgegangenen 12 Monate. **Auf einen weitergehenden Informationsanspruch verzichtet der Kunde ausdrücklich.** Verlangt der Kunde keine weiteren Einzelheiten vor Erbringung der Dienstleistung oder bezieht er die Dienstleistung nach Einholung weiterer Einzelheiten, verzichtet er auf einen allfälligen Herausgabeanspruch im Sinne von § 1009a ABGB.

Zuwendungen von Dritten im Zusammenhang mit dem Erwerb/Vertrieb von Produkten werden entweder vermieden oder dem Kunden gemäss seinem bestimmbareren Anteil weiter erstattet. Allfällige unwesentliche nichtgeldwerte Vorteile (z.B. Marktanalysen, kleinere «giveaways», Schulungen für bestimmte Finanzprodukte und Vergleichbares) verbleiben bei der Bank, sofern diese Zuwendungen zur Qualitätsverbesserung der Dienstleistung für den Kunden beitragen. Sofern die Bank im Zusammenhang mit dem Erwerb/Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen (Fonds) Bestandespflegekommissionen von Dritten erhält, gibt sie diese vollumfänglich an den Kunden weiter, sofern die Bankverbindung des Kunden zum Zeitpunkt der Auszahlung der Bestandespflegekommissionen noch besteht. Für alle nach der Saldierung erhaltenen Bestandespflegekommissionen, deren Höhe analog zur vorstehend beschriebenen Art und Weise bemessen wird, verzichtet der Kunde explizit auf einen allfälligen Herausgabeanspruch im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen.

Art. 12 Aufzeichnungen und Datensammlungen

Der Kunde nimmt zur Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, dass die Bank das Recht hat, Telefongespräche und elektronische Kommunikation, bewegte Bilder sowie die zur Erbringung der Bankdienstleistungen nötigen Kundendaten aufzuzeichnen und zur Erfüllung gesetzlicher Dokumentationspflichten, vertraglicher Pflichten sowie als Beweismittel zu verwerten. Diese werden gemäss den gesetzlichen Pflichten aufbewahrt. Der Kunde kann Auskunft über die ihn betreffenden Datenaufzeichnungen sowie gegebenenfalls deren Richtigstellung von der Bank verlangen.

Art. 13 Schweigepflicht – Offenlegung von Kundendaten

Den Mitgliedern der Organe der Bank, ihren Mitarbeitenden und Beauftragten obliegt aufgrund rechtlicher Bestimmungen über das Bankgeheimnis, den Datenschutz sowie weiterer Berufsgeheimnisse (nachfolgend «Geheimnisschutz») die zeitlich unbegrenzte Pflicht zur Geheimhaltung von Kundendaten sowie von Informationen, die ihnen aufgrund von Geschäftsbeziehungen zugänglich gemacht werden. Dazu zählen vor allem Informationen über den Kontoinhaber, bevollmächtigten Vertreter, wirtschaftlich berechnete Personen sowie Dritte. Die Informationen in Bezug auf eine Geschäftsbeziehung umfassen unter anderem Name, Adresse, Wohnsitz, Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Beruf, Kontaktangaben, Kunden- und Kontonummer, IBAN, BIC und weitere Transaktionsdaten, Kontosaldis, Depotangaben, Daten über die Kreditlimite und Kreditausnutzung, Steuerdaten und sorgfaltspflichtrechtliche Informationen.

Für die Erbringung ihrer Dienstleistungen wie auch zur Wahrung ihrer berechtigten Ansprüche ist es für die Bank situativ erforderlich, unter den Geheimnisschutz fallende Kundendaten an Dritte im In- oder Ausland weiterzugeben. Die Weitergabe von Kundendaten kann dabei in jeder Form erfolgen, insbesondere auch durch elektronische Übermittlung oder physische Lieferung von Dokumenten, welche die Bank im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung vom Kunden oder von Dritten erhalten bzw. selbst erstellt hat. Der Kunde entbindet die Bank dafür insbesondere in folgenden Fällen vom Geheimnisschutz:

- Die Weitergabe der Kundendaten wird gegenüber der Bank durch eine Behörde oder ein Gericht oder gestützt auf Gesetz, Aufsichtsrecht und/oder internationale Abkommen (z.B. FATCA, AIA) verfügt.
- Die Einhaltung der auf die Bank anwendbaren in- und ausländischen Rechtsvorschriften, Usancen, vertraglichen Vereinbarungen, insbesondere von Börsen- und Handelsplätzen, erfordert die Weitergabe.
- Die Bank nimmt zu rechtlichen Schritten Stellung, welche der Kunde gegen die Bank androht oder einleitet.
- Die Bank nimmt zu rechtlichen Schritten Stellung, welche Dritte gegenüber der Bank auf der Grundlage einleiten, dass die Bank Dienstleistungen für den Kunden erbracht hat.
- Die Bank errichtet und verwertet Sicherheiten des Kunden oder Dritter zur Befriedigung ihrer Ansprüche ihm gegenüber.
- Die Bank nimmt Betreibungshandlungen vor oder ergreift andere rechtliche Schritte gegenüber dem Kunden.
- Die Bank nimmt zu Vorwürfen Stellung, welche der Kunde in der Öffentlichkeit oder gegenüber Behörden des In- und Auslands gegen die Bank erhebt.
- Die Bank ist im Rahmen der Ausführung von Zahlungsaufträgen verpflichtet, Kundendaten weiterzuleiten, bzw. eine solche Weiterleitung ist üblich. Dadurch werden diese Kundendaten den beteiligten Banken und Systembetreibern (beispielsweise SWIFT oder SIC) sowie in der Regel auch dem Begünstigten bekannt. Die Verwendung der Zahlungsverkehrssysteme kann bedingen, dass die Aufträge über internationale Kanäle abgewickelt werden und diese Kundendaten ins Ausland gelangen, sei es durch die automatisierte Weitergabe oder auf Anfrage von beteiligten Instituten.
- Der Kunde ersucht bei der Bank um die Ausstellung einer Kredit-/Debitkarte für sich oder einen Dritten.
- Dienstleister der Bank erhalten im Rahmen abgeschlossener Verträge (z.B. Vertriebsvereinbarungen für Finanzinstrumente) Zugang zu Kundendaten.
- Die Bank nimmt Koordinationsaufgaben in verschiedenen Bankbereichen, z.B. Sorgfaltspflichten, Risikomanagement oder Marketing, wahr.
- Die Bank lagert einzelne Geschäftsbereiche (z.B. Wartung und Betrieb von IT-Systemen, Zahlungsverkehr, Kreditadministration, Vermögensverwaltung) oder Teile davon an Dritte im In- oder Ausland aus.
- Zur Erbringung von Dienstleistungen kann es für die Bank erforderlich sein, Mitarbeitenden der Bank oder von Beauftragten, die sich zur strikten Einhaltung der Geheimhaltung verpflichtet haben, Zugriff auf Kundendaten aus dem In- oder Ausland mittels Fernzugriff (Remote) zu gestatten.
- Die produktspezifischen Dokumente eines Depotwerts (z.B. Wertpapier oder Fondsprospekt) sehen eine Weitergabe von Kundendaten vor.
- Die Bank ist im Rahmen des Handels, der Verwahrung oder der Verwaltung von Depotwerten durch Rechtsvorschriften im In- und Ausland zur Weitergabe der Kundendaten verpflichtet bzw. berechtigt. Dazu gehören z.B. Meldungen von Transaktionen an Aufsichtsbehörden oder an beteiligte Personen nach Massgabe der regulatorischen Pflichten. Ebenso kann die Weitergabe zur Durchführung einer Handelstransaktion, der Verwahrung oder der Verwaltung erforderlich sein. Letzteres ist z.B. der Fall, wenn Handelsplätze, Sammeldepotzentralen, Drittverwahrer, Broker, Korrespondenzbanken, Emittenten, Finanzmarktaufsichts- oder andere Behörden usw. ihrerseits verpflichtet sind, von der Bank die Offenlegung der Kundendaten zu verlangen.

Die Bank kann Kundendaten im Einzelfall auf Anfrage, aber auch aus eigener Initiative (z.B. im Rahmen des Ausfüllens der für die Handelstransaktion, die Verwahrung oder die Verwaltung notwendigen Dokumente) weitergeben. Anfragen können dabei auch nach Abschluss einer Handelstransaktion, der Verwahrung oder der Verwaltung, insbesondere zu Überwachungs- und Untersuchungszwecken, erfolgen. Mit der Auftragserteilung zum Handel, der Verwahrung oder der Verwaltung von Depotwerten ermächtigt der Kunde die Bank ausdrücklich auch zur allfälligen Offenlegung seiner Kundendaten.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Kundendaten nach erfolgter Weitergabe allenfalls nicht mehr vom Geheimnisschutz erfasst sind. Dies gilt insbesondere bei einer Weitergabe ins Ausland. Es ist ebenfalls nicht sichergestellt, dass das ausländische Schutzniveau demjenigen am Standort der Bank entspricht. In- wie ausländische Gesetze und behördliche Anordnungen können Dritte dazu verpflichten, die erhaltenen Kundendaten ihrerseits offenzulegen. Die Bank hat auf die allfällige weitere Verwendung der Kundendaten keinen Einfluss mehr. Die Bank ist nicht verpflichtet, dem Kunden eine erfolgte Weitergabe von Kundendaten mitzuteilen.

Art. 14 Einholen von Kundeninformationen

Die Bank muss für die Erbringung ihrer Dienstleistungen vom Kunden diverse Informationen einholen. Es liegt im Interesse des Kunden, der Bank diese Informationen zu erteilen, da ansonsten die Dienstleistungserbringung durch die Bank verunmöglicht wird. Ferner ist es von Bedeutung, dass die vom Kunden zur Verfügung gestellten Informationen keine Ungenauigkeiten aufweisen. Denn die Kundenangaben dienen dazu, im besten Interesse des Kunden zu handeln, d.h. dem Kunden eine für ihn geeignete Vermögensverwaltung oder Finanzinstrumente zu empfehlen. Hierfür sind vollständige und wahrheitsgemässe Informationen des Kunden unerlässlich. Benötigt die Bank zur Ausführung eines Kundenauftrags weitere Angaben oder Instruktionen und kann sie den Kunden nicht erreichen, sei dies, weil der Kunde eine Kontaktaufnahme durch die Bank nicht will oder sei es mangels kurzfristiger Erreichbarkeit, so behält sich die Bank im Zweifelsfall vor, den Auftrag zum Schutz des Kunden nicht auszuführen.

Die Bank ist berechtigt, sich auf die Richtigkeit der vom Kunden eingeholten Angaben zu verlassen, ausser es ist ihr bekannt oder müsste ihr bekannt sein, dass sie offensichtlich veraltet, unrichtig oder unvollständig sind. Der Kunde verpflichtet sich, die Bank schriftlich zu benachrichtigen, wenn sich die von ihm der Bank gegenüber gemachten Angaben ändern sollten. Im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung hat der Kunde ferner die Pflicht, auf Nachfrage der Bank seine Angaben in regelmässigen Abständen zu aktualisieren.

Art. 15 Nachrichtenlosigkeit

Die Bank trifft geeignete Vorkehrungen zur Verhinderung der Nachrichtenlosigkeit von Vermögenswerten. Dies erfolgt zur Vermeidung von Nachteilen für den Kunden und kann, muss aber nicht, Kontaktversuche über **Nachforschungen in öffentlichen Quellen (Telefonverzeichnisse, etc.) oder über Dritte beinhalten, was eine gewisse Bekanntgabe von Kundendaten unumgänglich machen kann.** Auch der Kunde selbst kann Massnahmen zur Vermeidung von Nachrichtenlosigkeit ergreifen. Der Kunde kann sich in Fragen zur Nachrichtenlosigkeit an die Bank wenden. Nachrichtenlose Geschäftsbeziehungen werden weitergeführt, wobei die Bank sich das Recht vorbehält, für ihre diesbezüglichen Aufwendungen Gebühren zu belasten und nachrichtenlose Geschäftsbeziehungen, die einen Sollsaldo aufweisen, ohne Weiteres aufzulösen.

Art. 16 Auslagerung von Geschäftsbereichen, Dienstleistungen und Datenverarbeitung (Outsourcing)

Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bezüglich des Outsourcings von Geschäftsbereichen und Dienstleistungen kann die Bank grundsätzlich jeden Geschäftsbereich und jede Dienstleistung bzw. Teile davon auslagern. Dazu gehören z.B. Zahlungsverkehr, Wertschriftenabwicklung, Investment-Controlling, Kreditadministration, Druck und Versand von Bankdokumenten, Wartung, Betrieb und Sicherheit von IT-Systemen, Vermögensverwaltung sowie die Erfüllung von Meldepflichten (z.B. Erstellung von Meldungen unter FATCA oder AIA). Eine Auslagerung an Dritte kann sowohl innerhalb des Domizillandes der Bank als auch ins Ausland erfolgen.

Der Kunde ist damit einverstanden, dass die Bank zu diesem Zweck die Kundendaten an ausgewählte Dritte und Partner übertragen und sie von diesen in deren zentralen Computersystemen gespeichert, verwaltet und bearbeitet werden können. Im Rahmen der auf die Bank anwendbaren Datenschutzbestimmungen können Kundendaten in Ländern bearbeitet werden, in denen das Schutzniveau nicht demjenigen Liechtensteins entspricht. Eine Weitergabe der Daten erfolgt jedoch nur, wenn sich die ausgewählten Dritten und Partner vorgängig zur Wahrung des Bankgeheimnisses und zum Nachweis eines angemessenen Datenschutzes verpflichtet haben.

Die Bank kann im Rahmen der geltenden Vorschriften auch Dienstleistungen und IT-Infrastrukturen, die nicht auf lokalen Systemen betrieben, sondern als Dienst von einem Dienstleister gemietet werden und auf die über ein Netzwerk (z.B. Internet) zugegriffen wird, nutzen (nachfolgend «Cloud-Lösungen» genannt). Die Systeme der Dienstleister können sich im In- sowie Ausland befinden. Cloud-Lösungen können sowohl für die bankinterne Kommunikation und Zusammenarbeit (z.B. Videokonferenzen, Chats, Bearbeitung und Bereitstellung von Dokumenten) als auch für externe Zwecke (z.B. Telefon- und Videokonferenzen oder Chats mit und ohne Bereitstellung von Dokumenten (z.B. Reports, Vermögensaufstellungen) für Bankkunden und Dritte) eingesetzt werden. **Im Rahmen der internen und externen Nutzung solcher Kommunikations- und Zusammenarbeitsplattformen können auch Kundendaten in der Cloud gespeichert werden.** Bei bestimmten Diensten (z.B. Videokonferenzen) kann zudem der Drittanbieter für seine Zwecke Kundendaten (z.B. Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) speichern. Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Dienstleistungen und Diensten ist die Bank berechtigt, die hierzu erforderlichen Kundendaten Outsourcing-Partnern und Dienstleistern bekanntzugeben. Der Bankkunde anerkennt und akzeptiert ausserdem, dass Kundendaten im Zusammenhang mit der Verwaltung und Pflege der Geschäftsbeziehung bankintern offengelegt und von den Mitarbeitenden der Bank im In- und Ausland (insbesondere elektronisch) bearbeitet werden können.

Art. 17 Steuerliche Aspekte

Der Kunde ist für die Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen verantwortlich. Dies beinhaltet unter anderem auch die ordnungsgemässe Versteuerung seiner Vermögenswerte sowie der Erträge und/oder Einkünfte und alle damit zusammenhängenden Erklärungen und Meldungen nach den auf ihn persönlich anwendbaren Steuer-/Gesetzesbestimmungen. Erfüllt der Kunde seine gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten nicht, verpflichtet er sich, die Bank für jeden Schaden, den diese erleidet, schadlos zu halten und/oder der Bank alle Kosten und Ausgaben zurückzuzahlen, die infolge der bestehenden Geschäftsbeziehung, der Kontoführung, der Ausführung von Transaktionen oder der Verwahrung von Vermögenswerten entstanden sind. Die Bank erbringt keine Steuerberatung und ist nicht verpflichtet, bei der Anlageberatung oder Vermögensverwaltung steuerliche Aspekte zu berücksichtigen.

Art. 18 Zinsen, Gebühren, Steuern und Abgaben

Zinsen und Kommissionen verstehen sich für die Bank netto. Allfällige Steuern und Abgaben, welche im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung des Kunden zur Bank bei oder von dieser erhoben oder welche die Bank aufgrund geltendem Recht, Staatsverträgen oder vertraglichen Vereinbarungen mit ausländischen Stellen einbehalten muss, sowie die bei der Bank anfallenden Spesen gehen zulasten des Kunden bzw. sind vom Kunden zu übernehmen. Soweit sie darauf nicht schriftlich verzichtet hat, **behält sich die Bank das Recht vor, jederzeit neue Gebühren zu erheben und – namentlich bei geänderten Geldmarktverhältnissen – Zinssätzen (einschliesslich Negativzinsen, Guthabengebühren usw.), Kommissionen oder andere Belastungen (Margen, Preise, Gebühren, Steuern, Abgaben, Spesen o.Ä.) mit sofortiger Wirkung den Verhältnissen anzupassen.** Sie ist hierzu (namentlich bei plötzlichen oder raschen Änderungen der Marktverhältnisse) jedoch nicht verpflichtet. **Änderungen werden dem Kunden in einer der Bank geeignet erscheinenden Weise mitgeteilt. Als geeignete Weise gelten auch ökologisch verträgliche Informationskanäle wie E-Mail oder ein Verweis auf die Veröffentlichung auf der Homepage der Bank. Der Kunde kann sich jederzeit über die geltenden Zinssätze, Kommissionen oder andere Belastungen beim Kundenberater informieren.**

Die Bank kann Überschreitungen, die das aktuelle Guthaben auf einem laufenden Konto des Kunden oder die vereinbarten Überziehungsmöglichkeiten übersteigen, nach ihrem Ermessen zulassen. Bei einer Kontoüberziehung werden dem Kunden von der Bank Sollzinsen belastet, welche nach Belastung entsprechend auf dem Bankauszug ausgewiesen werden. Es obliegt dem Kunden, sich bei der Bank im Voraus über die Höhe der aktuellen und damit zum Zeitpunkt des Kontoüberzugs zur Anwendung kommenden Sollzinsen zu informieren.

Der Sollzinssatz wird durch die Bank auf Basis eines anerkannten Referenzzinssatzes zuzüglich einer Marge festgelegt. Vorbehalten bleiben separate anderslautende Vereinbarungen.

Aussergewöhnliche Bemühungen und Kosten (eigene und Drittkosten, insbesondere im Zusammenhang mit Rechts- und Compliance-Abklärungen, Betreibungs-, Insolvenz-, Amtshilfe-, Rechtshilfe-, Offenlegungs- und anderen Verfahren und Nachforschungen) kann die Bank dem Kunden verrechnen und direkt dem Konto belasten.

Der Kunde anerkennt und akzeptiert, dass Informationen zu vereinbarten oder vorgeschlagenen Dienstleistungen sowie damit verbundene Gebühren oder Entschädigungen von der Bank in elektronischer Form zur Verfügung gestellt oder auf Anfrage beim Kundenberater verlangt werden können. Der Kunde hat stets die Möglichkeit, Informationen über Bankdienstleistungen, Gebühren und Entschädigungen auf Anfrage auch in gedruckter Form zu erhalten.

Bei Abschluss einer neuen Dienstleistung sowie bei massgeblichen Änderungen wird der Kunde weiterhin gemäss der vereinbarten Versandart oder auf andere geeignete Weise hierüber in Kenntnis gesetzt, wo die betroffenen Informationen abgerufen werden können. **Als geeignete Weise gelten auch ökologisch verträgliche Informationskanäle wie E-Mail oder ein Verweis auf die Veröffentlichung auf der Homepage der Bank.**

II Spezielle Bestimmungen

Art. 19 Kontoverkehr

Kontoauszüge sowie Gutschrift und Belastung der vereinbarten oder üblichen Zinsen, Kommissionen oder Gebühren und allenfalls Steuern werden periodisch erstellt. Anstelle periodischer Kontoanzeigen können auch Tagesauszüge treten.

Art. 20 Fremdwährungskonti

Die den Guthaben der Kunden in fremder Währung entsprechenden Aktiven der Bank werden auf den Namen der Bank, jedoch anteilmässig auf Rechnung und Gefahr der Kunden bei von der Bank als vertrauenswürdig erachteten Korrespondenten inner oder ausserhalb des betreffenden Währungsgebietes angelegt. Der Kunde trägt insbesondere das Risiko von gesetzlichen oder behördlichen Beschränkungen sowie die Steuern und Lasten in allen beteiligten Ländern. Der Kunde kann über Guthaben in fremder Währung durch Verkauf, Überweisungsaufträge oder Bezug von Checks in der betreffenden Währung verfügen, auf andere Art nur mit Zustimmung der Bank. Für Ein- und Auszahlungen von Barbeträgen in der Kontowährung berechnet die Bank ein Agio.

Gutschriften von erhaltenden Fremdwährungsbeträgen und Belastungen von Fremdwährungsbeträgen erfolgen in Schweizer Franken und zwar zum Kurs jenes Tages, an welchem die Beträge bei der Bank verbucht werden, es sei denn, der Kunde habe gegenteilige Anweisungen gegeben oder besitze ein Konto in der entsprechenden Fremdwährung oder ein Konto einer Drittwährung, d.h. kein Konto in Schweizer Franken oder der Referenzwährung, welches im Auftrag ausdrücklich bezeichnet wurde. Wenn der Kunde nur Konten in Drittwährungen besitzt, kann die Bank den Betrag in einer dieser Währungen gutschreiben bzw. belasten.

Änderungen von Kontoinstruktionen müssen spätestens am dritten Bankarbeitstag vor Fälligkeit bei der Bank eingetroffen sein.

Art. 21 Wechsel, Checks und andere Papiere

Die Bank ist berechtigt, zum Inkasso, zur Gutschrift oder zum Diskont eingereichte Wechsel, Checks und andere Papiere zurückzubelasten, wenn sie nicht bezahlt werden, der Erlös nicht frei verfügbar ist oder der Betrag nach Zahlung innerhalb der Verjährungsfrist zurückgefordert wird. Die wechselrechtlichen, checkrechtlichen oder anderen Ansprüche auf Zahlung des vollen Betrages der Wechsel, der Checks und der anderen Papiere mit Nebenforderungen gegen jeden aus dem Papier Berechtigten und Verpflichteten verbleiben bis zur Begleichung eines vorhandenen Schuldsaldos bei der Bank.

Sofern die Bank kein grobes Verschulden trifft, hat der Kunde die Folge des Abhandenkommens, des Missbrauchs oder der Fälschung von Checks zu tragen und zwar auch dann, wenn der Bank ein Verlust angezeigt worden ist.

Die Bank haftet nicht für rechtzeitige Vorweisung und Beibringung von Protesten beim Einzug von Wechseln und wechselähnlichen Papieren an Orten ohne genügende Bankvertretung sowie von Wechseln und wechselähnlichen Papieren mit kurzen Verfallzeiten und bei mangelhafter Adressangabe des Bezogenen.

Bei Akzepteeinholung für die Kunden übernimmt die Bank eine Haftung selbst dann nicht, wenn Spesen und Kommissionen dafür verrechnet werden.

Die Deckung für auf die Bank gezogene Checks und Tratten sowie bei ihr domizierte Wechsel hat mindestens einen Bankarbeitstag vor deren Verfall bzw. Zahlungstag im Besitz der Bank zu sein.

Art. 22 Börsentransaktionen, Handels- und Vermittlungsgeschäfte

Bei der Ausführung von Aufträgen für den An- und Verkauf von Titeln, derivativen Finanzinstrumenten und sonstigen Vermögenswerten tritt die Bank dem Kunden gegenüber als Kommissionär oder Selbstkontrahent auf.

Erlangt die Bank Kenntnis davon, dass Wertpapiere, Wertrechte, Finanzinstrumente, derivative Produkte oder sonstige Vermögenswerte bzw. deren Emittent im Depot des Kunden mit Sanktionen belegt sind oder belegt werden, so ist die Bank berechtigt, diese (Wertpapiere, Wertrechte, Finanzinstrumente, derivativen Produkte oder sonstigen Vermögenswerte) im eigenen Ermessen – auch ohne Auftrag des Kunden – zu verkaufen bzw. rückabzuwickeln. Der Kunden verzichtet auf sämtliche allenfalls entstehenden Ansprüche aus einem solchen Verkauf oder einer solchen Rückabwicklung.

Im Übrigen gelten die Usancen der betreffenden Börsen- und Handelsplätze bzw. Regelungen der jeweiligen Emittenten und Geschäftspartner. **Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass ein Stop-Loss-Auftrag nach Erreichung des Limitkurses zum nächsten verfügbaren Preis ausgeführt wird und je nach Liquidität am jeweiligen Markt zu einem Geschäftsabschluss führen kann, der unter Umständen weit vom Limitkurs abweicht.** Dies gilt insbesondere in Situationen von extremen Verwerfungen auf Wertpapier- und Devisenmärkten und daraus resultierenden starken Kursbewegungen innert kurzer Zeit. Die Bank kann daher keinen Geschäftsabschluss zum oder nahe am Stopp-Loss-Kurs garantieren. Die Bank verweist zur Risikoaufklärung insbesondere auf die vom Liechtensteinischen Bankenverband herausgegebene Broschüre «Risiken im Effektenhandel» sowie auf die Dokumente auf ihrer Homepage in der jeweils aktuellen Fassung (z.B. «MiFID II – Allgemeine Informationen und Grundsätze, Informationen über den Umgang mit möglichen Interessenkonflikten, Grundsätze für die Ausführung von Aufträgen in Finanzinstrumenten»). Auf Wunsch stellt die Bank dem Kunden physische Exemplare dieser Dokumente zur Verfügung.

Art. 23 Metallkonten

Die Bank führt im Auftrag des Kunden Metallkonten für Edelmetalle und Münzen. Sie kann für Gutschriften, Belastungen und Lieferungen minimale Gewichts- bzw. Stück-Einheiten vorschreiben.

Der Kunde hat keinen Eigentums-, dafür aber einen Lieferanspruch auf die auf dem Konto ausgewiesene Metallmenge, die bei Gold als Feingewicht, bei den übrigen Edelmetallen als Bruttogewicht der entsprechenden Barren/Platten und bei Münzen als deren Anzahl verstanden wird. Er kann sich diese Menge gemäss den jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen aushändigen lassen. Mit der

physischen Auslieferung erwirbt der Kunde Eigentum am Metall. Auf Wunsch liefert die Bank das Metall auf Kosten und Risiko des Kunden auch an einem anderen Ort aus, vorausgesetzt, dass dies praktisch möglich ist und mit den am gewünschten Lieferort geltenden Gesetzen in Einklang steht. Der Eigentumsübergang erfolgt diesfalls im Zeitpunkt der Aushändigung des Metalls durch die Bank an den Lieferanten. Im Falle eines Notstandes (Krieg, Transferbeschränkungen usw.) behält sich die Bank das Recht vor, das Metall auf Kosten und Risiko des Kunden an dem Ort und in der Weise zu liefern, wie ihr dies möglich ist und zweckmässig erscheint.

Auslieferungsanträge sind der Bank mindestens fünf Bankwerkstage im Voraus anzuzeigen. Die Bank beansprucht in jedem Fall eine angemessene Lieferfrist. Alle gegenwärtigen und zukünftigen Steuern, Abgaben und Spesen gehen zulasten des Kunden. Die Lieferung erfolgt in Metall von marktkonformer Grösse und Qualität. Ansprüche von weniger als den handelsüblichen Grössen werden in entsprechend kleineren Einheiten abgegolten, wobei der Kunde den zum Zeitpunkt der Lieferung gültigen Fabrikationszuschlag zu entrichten hat. Ein sich dabei zugunsten oder zulasten des Kunden ergebender Restanspruch wird zu dem am Tag der Lieferung gültigen Tageskurs abgerechnet. Die Lieferung wird dem Metallkonto belastet. Es besteht kein Anspruch auf Lieferung von Münzen eines bestimmten Jahrganges oder einer bestimmten Prägung.

Die Metallkonten werden periodisch abgeschlossen. Die Guthaben werden nicht verzinst. Die Bank ist berechtigt, eine Kommission in Rechnung zu stellen. Eigene Spesen und durch Dritte berechnete Spesen gehen zulasten des Kunden.

III Depotbestimmungen

A Allgemeine Bestimmungen

Art. 24 Übernahme von Depots

Die Bank übernimmt Wertpapiere aller Art, Wertrechte (Optionen, Futures usw.), nicht verbriefte Geld- und Kapitalmarktanlagen, Dokumente, Edelmetalle sowie andere Wertgegenstände zur Aufbewahrung bzw. Verbuchung und Verwaltung.

Es steht der Bank frei, die Entgegennahme und Verwaltung von Depots ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Sie kann jederzeit die Aufhebung des Depots oder die Rücknahme einzelner Depotwerte verlangen. Das gilt insbesondere dann, wenn der Kunde auf ihn anwendbare Anlagerestriktionen nicht erfüllt.

Diese Depotbestimmungen gelten für alle Depotwerte, unabhängig davon, ob sie von der Bank gehalten werden und/oder bei einer Sammeldepotzentrale, einem Drittverwahrer (Unterdepotbank) und/oder im Namen der Bank, des Kunden und/oder eines Nominee (vgl. Art. 34) eingetragen sind.

Art. 25 Prüfung von Depotwerten

Die Bank kann eingelieferte Depotwerte auf Echtheit und Sperrmeldungen prüfen lassen, ohne deshalb eine Haftung zu übernehmen. Die Bank muss insbesondere Verwaltungshandlungen, Verkaufs- und Lieferaufträge erst nach abgeschlossener Prüfung vornehmen. Werden solche Verwaltungshandlungen und Aufträge dadurch verspätet oder nicht ausgeführt, so trägt der Kunde den Schaden, ausser die Bank hat die geschäftsübliche Sorgfalt verletzt. Die Prüfung der Depotwerte erfolgt aufgrund der Mittel und Unterlagen, die der Bank zur Verfügung stehen. Die Depotwerte können der Depotstelle oder einer anderen geeigneten Stelle im entsprechenden Land zur Prüfung übergeben werden.

Art. 26 Sicherheit und Sorgfalt

Die Bank behandelt Depotwerte mit der geschäftsüblichen Sorgfalt. Auch bei der Auswahl der Depotstelle wendet die Bank die geschäftsübliche Sorgfalt an. Art. 34 ist anwendbar.

Art. 27 Vertragsdauer

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und erlischt nicht bei Tod, Verlust der Handlungsfähigkeit oder Konkurs des Kunden.

Art. 28 Empfangsbestätigung

Die Bank übergibt dem Kunden bei physischen Einlieferungen Empfangsbestätigungen, die weder übertragbar noch verpfändbar sind. Für alle weiteren Depoteingänge gelten die Eingangsanzeigen oder Abrechnungen als Empfangsbestätigungen.

Art. 29 Auslieferung

Unter Vorbehalt von besonderen vertraglichen Abmachungen (z.B. Kündigungsfristen), zwingenden gesetzlichen Bestimmungen, Statuten von Emittenten sowie Pfand-, Retentions- oder anderen Zurückbehaltungsrechten der Bank kann der Kunde oder Verfügungsberechtigte jederzeit verlangen, dass ihm die Depotwerte ausgeliefert bzw. zur Verfügung gestellt werden; dabei sind die üblichen Auslieferungsfristen zu beachten. Die Bank kann vom Kunden jederzeit die Rücknahme aller oder einzelner Depotwerte verlangen. Die Auslieferung von Depotwerten erfolgt gegen Quittung.

Art. 30 Gemeinschaftsdepots

Ein Depot kann von mehreren Kunden errichtet werden. Das Verfügungsrecht richtet sich nach den Bestimmungen von Art. 1. Für allfällige Ansprüche der Bank aus der Aufbewahrung und Verwaltung haften die Kunden solidarisch.

Art. 31 Vermögensausweise

Die Bank erstellt zuhanden des Kunden in der Regel einmal jährlich per Jahresende ein Bestandesverzeichnis. Art. 7 und 8 sind anwendbar.

Art. 32 Depotgebühren

Die Depotgebühr wird nach dem jeweils geltenden Tarif bzw. auf Grund gesonderter spezieller Vereinbarungen berechnet. Die Bank behält sich die jederzeitige Änderung des Tarifes vor. Solche Änderungen werden dem Kunden in einer der Bank geeignet erscheinenden Weise mitgeteilt. **Als geeignete Weise gelten auch ökologisch verträgliche Informationskanäle wie E-Mail oder ein Verweis auf die Veröffentlichung auf der Homepage der Bank.** Der Kunde kann sich jederzeit über die geltenden Depotgebühren beim Kundenberater informieren. Für zusätzliche Bemühungen und Kosten, die der Bank im Zusammenhang mit der Verwahrung oder Verwaltung der Depotwerte entstanden sind, kann die Bank gesondert Rechnung stellen. Zur Abrechnung der Depotgebühr hat der Kunde bei der Bank ein Konto mit genügend hohem Guthaben zu unterhalten. Sämtliche Steuern und andere Abgaben im Zusammenhang mit der Depotführung, der Verwahrung sowie der physischen Auslieferung von Depotwerten gehen – zwingende anderslautende gesetzliche Vorschriften vorbehalten – zulasten des Kunden.

Art. 33 Transportversicherung

Die Bank besorgt den Transport bzw. Versand von Wertpapieren und anderen Wertgegenständen auf Rechnung und Gefahr des Kunden. Wenn der Kunde nichts anderes bestimmt, besorgt die Bank auf seine Kosten die Versicherung für die von ihr auszuführenden Transporte von hinterlegten oder zu hinterlegenden Depotwerten, soweit deren Wert bestimmbar und eine solche Versicherung üblich ist und im Rahmen der bankeigenen Versicherung bei einer anerkannten Versicherungsgesellschaft abgeschlossen werden kann.

B Besondere Bestimmungen für offene Depots

Art. 34 Aufbewahrung und Settlement

a) Aufbewahrung

Bei der Auswahl der Depotstelle wendet die Bank im Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsgeschäft jene Sorgfalt an, die sie bei der Deponierung ihrer eigenen Werte anwenden würde.

Die Bank ist ausdrücklich ermächtigt, die Depotwerte bei einer professionellen Hinterlegungsstelle ihrer Wahl in eigenem Namen, aber auf Rechnung und Gefahr des Kunden, bei Dritten verwahren zu lassen. Depotwerte, welche nur oder vorwiegend im Ausland gehandelt werden, werden in der Regel auch dort aufbewahrt oder auf Kosten und Gefahr des Kunden dorthin verlagert, falls sie anderswo eingeliefert werden.

Schreibt der Kunde der Bank eine Drittdepotstelle vor und empfiehlt die Bank diese dem Kunden gegenüber nicht, so wird für die Handlungen dieser Drittdepotstellen jegliche Haftung der Bank ausgeschlossen.

Ohne ausdrückliche anderslautende Instruktion ist die Bank berechtigt, Depotwerte gattungsmässig in ihrem eigenen Sammeldepot aufzubewahren oder in Sammeldepots einer Hinterlegungsstelle oder einer Sammeldepotzentrale aufbewahren zu lassen. Vorbehalten bleiben Depotwerte, die wegen ihrer Natur oder aus anderen Gründen getrennt aufbewahrt werden müssen.

Auf Wunsch des Kunden ist die Einzelverwahrung in Absprache mit der Bank möglich. Verlangt der Kunde die Einzelverwahrung von sammelverwahrfähigen Depotwerten in ihrem eigenen Sammeldepot, werden die Depotwerte lediglich im geschlossenen Depot aufbewahrt und die Bank besorgt keine Verwaltungshandlungen.

Die Depotwerte des Kunden bei der Drittdepotstelle werden in der Regel zusammen mit Depotwerten anderer Kunden der Bank, aber getrennt vom Eigenbestand der Bank oder der Drittdepotstelle verwahrt. Diese Trennung erstreckt sich aber regelmässig nicht auf die ganze Verwahrkette bzw. den Zentralverwahrer. Die Bank bietet dem Kunden eine solche Trennung nur in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen an.

Inländische Depotwerte sowie solche von Schweizer Emittenten, die zur Sammelverwahrung zugelassen sind, werden regelmässig bei einer Schweizer Sammelverwahrstelle verwahrt. Ausländische Depotwerte werden in der Regel im Heimatmarkt des betreffenden Papiers oder in dem Land verwahrt, in dem der Kauf getätigt wurde.

Bei einer Sammelverwahrung in der Schweiz hat der Kunde im Verhältnis zu den in seinem Depot verbuchten Depotwerten Miteigentum am jeweiligen Bestand des Sammeldepots. Auslosbare Depotwerte können ebenfalls im Sammeldepot aufbewahrt werden. Von einer Auslosung erfasste Depotwerte verteilt die Bank mittels Zweitauslosung unter den Kunden. Dabei wendet sie eine Methode an, die allen Kunden eine gleichwertige Aussicht auf Berücksichtigung wie bei der Erstauslosung bietet. Bei Auslieferung von Depotwerten aus einem Sammeldepot besteht kein Anspruch auf bestimmte Nummern oder Stückelungen.

Bei Aufbewahrung im Ausland unterliegen die Depotwerte den Gesetzen und Usancen am Ort der Aufbewahrung sowie den Geschäftsbedingungen der jeweiligen Depotstelle. Wird der Bank die Rückgabe im Ausland aufbewahrter, oder registrierter Depotwerte oder der Transfer des Verkaufserlöses durch die ausländische Gesetzgebung verunmöglicht oder erschwert, ist die Bank nur verpflichtet, dem Kunden am Ort der ausländischen Depotstelle oder einer Korrespondenzbank ihrer Wahl den berechtigten Rückgabe- bzw. Zahlungsanspruch zu verschaffen, sofern ein solcher besteht und übertragbar ist. Ausländische Bestimmungen können von den inländischen stark abweichen, insbesondere bezüglich des liechtensteinischen Bankgeheimnisses. Es steht der Bank frei, ohne Angabe von Gründen Aufträge für bestimmte Börsenplätze oder Finanzinstrumente abzulehnen.

b) *Eintragung der Depotwerte – Nominee*

Die Bank ist berechtigt, die Depotwerte des Kunden in ihrem eigenen Namen, dem Namen des Kunden oder auf den Namen einer im Auftrag der Bank handelnden Drittperson (Nominee) eintragen zu lassen. Dies stets auf Rechnung und Gefahr des Kunden.

Der Nominee ist einzig der Bank gegenüber verpflichtet und übernimmt keinerlei Haftung gegenüber dem Kunden. Eine Eintragung der Depotwerte im Namen der Bank oder des Nominee, aber auf Rechnung und Gefahr des Kunden, hat keine Auswirkungen auf die in den vorliegenden AGB festgesetzten Pflichten oder die Verantwortlichkeit der Bank.

Die Bank hat jederzeit das Recht, den Nominee für die gehaltenen Depotwerte zu ändern, ohne den Kunden vorgängig informieren zu müssen.

c) *Marktüberwachung/Offenlegung*

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Bank sämtlichen im entsprechenden Land gesetzlich oder aufsichtsrechtlich verlangten Offenlegungspflichten der Bank nachzukommen hat. Wenn der Kunde eine solche Offenlegung nicht wünscht, erteilt er keine Aufträge. Hingegen ist die Bank nicht verpflichtet, den Kunden auf seine eigenen Meldepflichten hinzuweisen, die im Zusammenhang mit dem Besitz an Depotwerten entstehen können

(z.B. wegen bedeutender Beteiligungen und/oder Unter- oder Überschreitung einer Meldepflichtschwelle). Die Bank hat auch keine Pflicht, solchen Meldepflichten selbst nachzukommen oder Instruktionen auszuführen, von denen sie annimmt, dass sie solche Meldepflichten auslösen oder die diesbezüglich anwendbaren regulatorischen Vorschriften verletzen könnten.

d) *Settlement (Abwicklung)*

Bei der Ausführung von Handelsaufträgen des Kunden bezüglich Depotwerten erfolgt **die Einbuchung gekaufter Titel bzw. die Guthabenschrift des Verkaufserlöses jeweils unter Vorbehalt des anschliessenden Settlements, das heisst vorbehaltlich der effektiven Titellieferung bzw. des effektiven Zahlungseingangs.** Die Bank ist nicht verpflichtet, Handelsaufträge auszuführen, die Titel bzw. Guthaben betreffen, die noch nicht effektiv geliefert bzw. gutgeschrieben wurden.

Art. 35 Aufgeschobener Titeldruck

Wird die Verbriefung von Wertpapieren aufgeschoben, so ist die Bank ausdrücklich ermächtigt:

- a) noch bestehende Papiere beim Emittenten in unverbriefte Wertrechte umwandeln zu lassen,
- b) die üblichen Verwaltungshandlungen während der Deponierung auf Risiko und Rechnung des Kunden auszuüben und dem Emittenten die nötigen Anweisungen zu erteilen bzw. die erforderlichen Informationen einzuholen und
- c) bei der Entnahme aus dem Depot für den Kunden die Ausfertigung der Urkunde zu verlangen.

Art. 36 Verwahrung von Edelmetallen und Münzen

a) *Sammelverwahrung*

Sofern der Kunde nicht ausdrücklich andere Weisungen erteilt, werden von ihm zur Aufbewahrung eingelieferte oder für ihn gekaufte Edelmetalle in den handelsüblichen Qualitäten und Formen (Barren, Plättchen) und handelsübliche Goldmünzen (Massenware) gattungsmässig in Sammeldepots bei der Bank oder auch auswärts verwahrt, ungetrennt von den Beständen anderer Kunden und von eigenen Beständen der gleichen Gattung. Dem Kunden steht ein sachlicher Miteigentumsanteil im Verhältnis seines Bestandes zum Sammelverwahrungsbestand zu. Verlangt der Kunde die Lagerung oder Lieferung im Ausland, trägt er dafür die volle Verantwortung. In solchen Fällen wird der Lagerort auf der Abrechnung angegeben.

Im Falle der Auslieferung von Edelmetallen, die in Sammelverwahrung stehen, werden allfällige Gewichts- und Feinheitendifferenzen gegenüber dem verbuchten Bestand zum im Moment der Auslieferung gültigen Tageskurs abgerechnet. Bei der Auslieferung von Barren und Münzen besteht kein Anspruch auf bestimmte Jahrgänge und Prägungen.

b) *Einzelverwahrung*

Edelmetalle in nicht handelsüblicher Form und Münzen mit numismatischem Wert werden auf entsprechende Anweisung des Kunden in getrennte Einzelverwahrung genommen. Handelsübliche Münzen und Barren werden nur ausnahmsweise auf ausdrückliche Weisung des Kunden in getrennte Einzelverwahrung genommen. In diesen Fällen wird eine zusätzliche Gebühr erhoben.

Art. 37 Verwaltung

Die administrative und anlagemässige Verwaltung der Depotwerte ist ohne anderslautende Vereinbarung grundsätzlich Aufgabe des Kunden. Auch ohne ausdrücklichen Auftrag des Kunden besorgt die Bank vom Tag der Deponierung an:

- a) den Einzug oder gegebenenfalls die bestmögliche Verwertung fälliger Zins- und Dividendencoupons sowie rückzahlbarer Titel,
- b) die Überwachung von Auslosungen, Kündigungen, Fälligkeiten, Konversionen, Amortisationen, Bezugsrechten usw. von Wertpapieren, anhand der ihr zur Verfügung stehenden branchenüblichen Publikationen, jedoch ohne eine Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen und
- c) den Bezug neuer Couponbogen und den Umtausch von Interimscheinen gegen definitive Titel.

Der Kunde trifft die ihm selber obliegenden Vorkehrungen zur Wahrung der mit den Depotwerten verbundenen Rechte. Erteilt der Kunde keine oder eine verspätete Weisung, entscheidet die Bank selbstständig und übernimmt keine Haftung hinsichtlich nicht rechtzeitig ausgeführter Weisungen. Kann die Bank einzelne Werte nicht im üblichen Sinne verwalten, teilt sie dies dem Kunden mit.

Bei Schuldverschreibungen kooperiert die Bank mit diversen Depotstellen, allen voran SIX SIS und Clearstream. Im Fall von corporate actions aller Arten (z.B. vorzeitigen Rückzahlungen/Kündigungen) erfolgt üblicherweise die Kommunikation durch den Emittenten via federführendes Institut und Hauptzahlstellen an die Zentralverwahrer und Depotstellen. **Bei Rückkaufsangeboten, Umtauschangeboten und weiteren Kapitalmarkttransaktionen, insbesondere bei Wandelschuldanleihen, ist eine solche rechtzeitige Information hingegen nicht zwingend lückenlos gegeben.** Auch wenn die Bank bestrebt ist, sämtliche Informationskanäle laufend zu überwachen und in engem Kontakt mit ihren Depotstellen und Brokern steht, **so kann die Bank nicht sicherstellen, dass sie von solchen Angeboten rechtzeitig Kenntnis erlangt und den Kunden davon entsprechend benachrichtigt, insbesondere wenn es nur sehr kurz gilt.** In solchen Fällen kann die Bank keine Haftung für Schäden übernehmen, die gegebenenfalls aus der Nichtbeachtung dieser Information entstehen.

Bei couponlosen Namenaktien werden Verwaltungshandlungen nur dann ausgeführt, wenn die Zustelladresse für Dividenden und Bezugsrechte auf die Bank lautet.

Die Bank besorgt ferner auf besonderen, rechtzeitig schriftlich erteilten Auftrag des Kunden:

- a) die Ausübung oder den Kauf bzw. Verkauf von Bezugsrechten,
- b) Konversionen,
- c) die Vermittlung von Einzahlungen auf nicht voll einbezahlte Wertpapiere,
- d) das Inkasso von Zinsen und Kapitalzahlungen auf Grundpfandtiteln,
- e) die Kündigung und das Inkasso von Grundpfandtiteln,
- f) die Vertretung von Aktien an Generalversammlungen,
- g) die Ausübung von Wandelrechten und
- h) den Kauf, Verkauf und die Ausübung von anderen Rechten.

Gehen Weisungen des Kunden nicht rechtzeitig ein, so ist die Bank befugt, aber nicht verpflichtet, nach eigenem Ermessen zu handeln.

Die Bank berechnet für Verwaltungshandlungen wie Inkasso von Kapital und Erträgen, Ausübung von Bezugsrechten, Aktiensplits usw. eine Kommission. Für zusätzliche Bemühungen und Kosten kann die Bank gesondert Rechnung stellen.

Können Verwaltungshandlungen für Wertpapiere oder Wertrechte zu Meldepflichten der Bank gegenüber Emittenten oder Behörden führen, ist die Bank jederzeit berechtigt, auf deren Ausführung, unter Mitteilung an den Kunden, ganz oder teilweise zu verzichten. Allfällige Folgen aus diesem Verzicht durch die Bank trägt der Kunde.

Art. 38 Gutschriften und Belastungen

Gutschriften und Belastungen von Beträgen in Schweizer Franken und Fremdwährungen erfolgen in Schweizer Franken, es sei denn, der Kunde habe rechtzeitig gegenteilige Instruktionen erteilt oder sei Inhaber eines Kontos in der entsprechenden Fremdwährung. Wenn der Kunde nur Konten in Drittwährungen besitzt, darf die Bank die Beträge nach freiem Ermessen in einer dieser Währungen gutschreiben oder belasten. Im Übrigen gilt Art. 20.

Art. 39 Belehnung von Wertpapieren

Die Bank kann deponierte Wertpapiere zu den jeweils geltenden Vorschriften und Bedingungen belehnen. Die konkreten Belehnungswerte seiner Vermögenswerte erhält der Kunde bei seinem Kundenberater.

Art. 40 Vermögensverwaltung

Die Bank kann aufgrund besonderer Vereinbarungen auch die Verwaltung ganzer Vermögen sowie Treuhandfunktionen verschiedenster Art übernehmen.

Art. 41 Rücknahme prozessualer Rechte

Im Zusammenhang mit der Aufbewahrung und Verwaltung von Depotwerten kann die Bank zur Ausübung von Rechten im eigenen Namen, aber auf Rechnung des Kunden befugt sein. Hat der Kunde Depotwerte einer Gesellschaft erworben, die zahlungsunfähig oder Gegenstand eines Vergleichs-, eines Konkurs-, eines Sanierungsverfahrens oder einer «Class-/Corporate-/Derivative-Action» (Sammelklage/Klage eines Aktionärs/Nebenklage) ist, kann die Bank nach ihrem Ermessen die mit diesen Depotwerten verbundenen Rechte (Forderungsrechte sowie sämtliche damit zusammenhängende Nebenrechte) an den Kunden zur direkten Ausübung abtreten. Bei einer «Class-/Corporate-/Derivative-Action» handelt es sich um Klagen einer Gruppe von Aktionären oder Anleihergläubigern gegen die Gesellschaft oder im Namen der Gesellschaft gegen Dritte, im Allgemeinen wegen einer finanziellen Benachteiligung.

Der Kunde erklärt sich unwiderruflich damit einverstanden, beim ersten Ersuchen der Bank diese Forderung und allfällige Nebenrechte auf seinen Namen oder auf den Namen einer dritten Person zurückzunehmen. Nennt der Kunde der Bank innerhalb der ihm gesetzten Frist keinen Namen einer Drittperson, erfolgt die Übertragung auf seinen eigenen Namen, damit er selbst alle erforderlichen Massnahmen einleiten kann, um im Rahmen des Vergleichs, Konkurs-, Sanierungsverfahrens oder einer «Class-/Corporate-/Derivative-Action» seine Interessen wahren zu können.

Im Übrigen übernimmt die Bank keine weiteren Schritte gegenüber der betreffenden Gesellschaft oder der Gruppe von Aktionären, auch im Fall, dass sie die hier erwähnten Rechte nicht abgetreten oder ihre Abtretung nicht vorgeschlagen hat. Es obliegt dem Kunden, seine Rechte im Rahmen der Gerichtsverfahren, der Zwangsvollstreckung oder Liquidierung (z.B. Konkurs, Vergleich usw.) selbst geltend zu machen und die hierfür nötigen Informationen selbst zusammenzutragen.

IV Schlussbestimmungen

Art. 42 Haftung

Die Bank haftet nicht für Schäden, die aus Naturereignissen, Krieg, Terroranschlägen, Streiks oder anderen Fällen von höherer Gewalt entstehen. Die Bank haftet nur, sofern ihr grobes Verschulden als Ursache des Schadens nachgewiesen werden kann. Eine allfällige Haftung bleibt auf den nachgewiesenen, höchstens aber den deklarierten Wert begrenzt. Insbesondere lehnt die Bank die Haftung für solche Schäden ab, die durch atmosphärische Einflüsse, höhere Gewalt, Krieg usw. oder durch im Auftrag des Kunden vorgenommene Manipulationen an den Gegenständen entstanden sind. Stellt der Kunde oder sein Vertreter bei der Rücknahme des Depots allfällige Beschädigung an Siegel, Plombe oder Umhüllung fest, hat er dies sofort zu beanstanden. Mit der Rückgabebequittung an den Kunden ist die Bank von jeglicher Haftung befreit.

Der Kunde verpflichtet sich, die Bank bzw. ihre Mitarbeitenden, Organe oder jeweilige Vertreter sowie Nominees (vgl. Art. 34) von jeder/für jede Art von Haftung, Anspruch, Kosten, Schaden, Forderung, Verlust, Auslagen, Nachteil und Schadenersatz (die «Ansprüche») zu entbinden, zu schützen und zu entschädigen, der sich diese Personen im Zusammenhang mit der Aufbewahrung und/oder der Verwaltung der Depotwerte aussetzen, sofern diese Ansprüche nicht auf eine vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung von Sorgfaltspflichten dieser Personen gründen.

Der Kunde verpflichtet sich weiter, jeder der oben genannten Personen auf erste Aufforderung hin sämtliche von der betreffenden Person bezahlten oder zu bezahlenden Vorschüsse und Rechtskosten für ein Verfahren im Zusammenhang mit den hier beschriebenen Ansprüchen zurückzuerstatten und/oder sie vorzuschüssen.

Der Kunde ermächtigt die Bank, sämtliche Summen im Zusammenhang der hier beschriebenen Ansprüche seinem Konto zu belasten. Jede der hier genannten Personen ist berechtigt, die Ausübung dieser Entschädigungsklausel gemäss §881 ABGB persönlich einzufordern.

Art. 43 Kündigung der Geschäftsbeziehungen

Die Bank behält sich das Recht vor, bestehende Geschäftsverbindungen jederzeit nach freiem Ermessen und ohne Angabe von Gründen aufzuheben, insbesondere auch zugesagte oder erteilte Kredite und Kreditbewilligungen zu annullieren und ihre Guthaben ohne weitere Kündigung einzufordern.

Auch bei Bestehen einer Kündigungsfrist oder eines vereinbarten Festtermins ist die Bank zur sofortigen Aufhebung der Geschäftsbeziehung berechtigt, wenn:

- der Kunde mit einer Leistung im Verzug ist;
- sich seine Vermögenslage wesentlich verschlechtert hat, insbesondere bei seiner Zahlungsunfähigkeit, von ihm angenommene Wechsel zum Protest gehen oder eine Zwangsvollstreckung gegen ihn vorgenommen wird;
- gegen den Kunden oder dessen Pfandsteller ein Strafverfahren wegen Geldwäscherei oder Vortaten dazu geführt wird. Ist der Kunde oder der Pfandsteller eine juristische Person, gilt dasselbe, wenn sich das Strafverfahren gegen ein Organ, eine wirtschaftlich berechnete Person oder einen Begünstigten richtet.

Art. 44 Auslieferung, Verwertung, gerichtliche Hinterlegung

Wird die Geschäftsbeziehung oder Dienstleistung gekündigt oder kann die Bank einzelne Vermögenswerte oder Guthaben aus produktspezifischen, regulatorischen oder sonstigen Gründen nicht mehr verwahren, ist der Kunde verpflichtet, der Bank innerhalb der ihm gesetzten Frist mitzuteilen, wohin die Vermögenswerte und Guthaben zu übertragen sind. Unterlässt dies der Kunde, kann die Bank nach Ablauf der gesetzten Frist auf den Gesamtwert der Vermögenswerte **so lange eine Gebühr von 1 Prozent pro Monat oder eine pauschale Mindestgebühr erheben, bis der Bank ein entsprechender Überweisungsauftrag des Kunden vorliegt. Würde die Erhebung einer solchen Gebühr zu einem Negativsaldo des Kontos/der Konten führen, ist die Bank berechtigt, einen Teil der hinterlegten Vermögenswerte zur Deckung des Negativsaldos zu liquidieren.** Die Bank darf die Vermögenswerte gerichtlich hinterlegen, physisch ausliefern oder sie liquidieren und den Erlös sowie noch vorhandene Guthaben des Kunden in Form eines Checks in einer von ihr bestimmten Währung an die letztbekannte Korrespondenzadresse des Kunden schicken oder am vom Gericht genannten Ort hinterlegen. **Der Kunde stimmt zu, dass die Bank illiquide Vermögenswerte wertlos aus dem Depot des Kunden ausbuchen kann und verzichtet auf allfällige Ansprüche.** Die Vermögenswerte und Guthaben gelten damit als dem Kunden zurückerstattet. Das oben beschriebene Vorgehen findet auch Anwendung, wenn die Übertragung aus einem anderen Grund nicht möglich ist.

Art. 45 Samstage und Feiertage

Im gesamten Geschäftsverkehr mit der Bank gelten die gesetzlichen Fristenregelungen. Die staatlich anerkannten Feiertage und die Samstage sind den Sonntagen gleichgestellt.

Art. 46 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen des Kunden mit der Bank unterstehen **dem liechtensteinischen Recht.** Die authentische Sprache ist Deutsch. Bei fremdsprachigen Texten gilt der deutschsprachige Text als Leistungshilfe.

Erfüllungsort, Betreuungsort für Kunden mit ausländischem Wohnsitz und ausschliesslicher **Gerichtsstand** für alle Verfahren ist **Vaduz.** Die Bank hat indessen auch das Recht, den Kunden beim zuständigen Gericht seines Wohnsitzes oder vor jedem anderen zuständigen Gericht bzw. jeder anderen zuständigen Behörde zu belangen.

Art. 47 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam oder undurchführbar sein, unwirksam oder undurchführbar werden oder eine Lücke aufweisen bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahekommt. In gleicher Weise ist eine Lücke zu füllen.

Art. 48 Vorbehalt besonderer Bestimmungen

Für besondere Geschäftsarten gelten neben diesen AGB von der Bank erlassene Sonderbestimmungen, die einschlägigen Usancen und Richtlinien sowie allenfalls besondere Vereinbarungen.

Art. 49 Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Die Bank behält sich jederzeitige Änderungen der AGB vor. Diese werden dem Kunden schriftlich oder auf andere geeignete Weise bekanntgegeben und **gelten ohne Widerspruch innert Monatsfrist als genehmigt oder wenn der Kunde die Dienstleistungen der Bank weiterhin benutzt. Als geeignete Weise gelten auch ökologisch verträgliche Informationskanäle wie E-Mail oder ein Verweis auf die Veröffentlichung auf der Homepage der Bank.**

Art. 50 Gültigkeit

Diese AGB treten am 01.06.2023 in Kraft. Sie ersetzen die bisherigen Bestimmungen.

Vaduz, April 2023